



An das
Präsidium des Südtiroler Landtages
Silvius-Magnago-Platz Nr. 6
39100 Bozen

All'Ufficio di Presidenza
del Consiglio provinciale di Bolzano
Piazza Silvius Magnago, 6
391000 Bolzano

**ANTRAG AUF EINLEITUNG EINER
BERATENDEN VOLKSBEFragung**

Vorlage

betreffend ⁽¹⁾

„Änderung des Landesgesetzes vom 3. Dezember 2018, Nr. 22, 'Direkte Demokratie, Partizipation und politische Bildung', die explizit die Zulässigkeit von gesetzeseinführenden und abschaffenden Volksabstimmungen über die Regierungsformgesetze gemäß Art. 47 Autonomiestatut vorsieht und eine Neuzusammensetzung der Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen.“

**RICHIESTA DI
REFERENDUM CONSULTIVO**

Proposta legislativa

avente per oggetto ⁽¹⁾

“Modifica della legge prov. 22 del 3/12/2018 'Democrazia diretta, partecipazione e formazione politica' per l'ammissibilità esplicita di referendum propositivi e abrogativi sulle leggi riguardanti la forma di governo previste dall'art. 47 dello Statuto di autonomia“ e una nuova composizione della Commissione per i procedimenti referendari.”

FORMBLATT 1

Antrag auf Einleitung einer beratenden Volksbefragung. Wortlaut der Vorlage. Personalien und Unterschrift der Antragsteller/Antragstellerinnen (Artikel 2 und 3 des Landesgesetzes vom 3. Dezember 2018, Nr. 22).

MODULO 1

Richiesta di referendum consultivo. Testo della proposta legislativa. Generalità e firma dei promotori/delle promotrici (articoli 2 e 3 della legge provinciale 3 dicembre 2018, n. 22).

<p>WORTLAUT DER VORLAGE bestehend aus Begleitbericht und einem in Artikel gegliederten Gesetzesvorschlag</p>	<p>TESTO DELLA PROPOSTA LEGISLATIVA consistente in una relazione illustrativa e in una proposta legislativa redatta in articoli</p>
---	--

<p>BERICHT ZUM GESETZESVORSCHLAG</p> <p>eingbracht als BERATENDE VOLKSBEFRAGUNG</p> <p>betreffend</p> <p>„Änderung des Landesgesetzes vom 3. Dezember 2018, Nr. 22, 'Direkte Demokratie, Partizipation und politische Bildung', die explizit die Zulässigkeit von gesetzeseinführenden und abschaffenden Volksabstimmungen über die Regierungsformgesetze gemäß Art. 47 Autonomiestatut vorsieht und eine neue Zusammensetzung der Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen.“</p>	<p>RELAZIONE PROPOSTA LEGISLATIVA</p> <p>presentato a REFERENDUM CONSULTIVO</p> <p>avente come oggetto</p> <p>“Modifica della legge prov. 22 del 3/12/2018 'Democrazia diretta, partecipazione e formazione politica' per l'ammissibilità esplicita di referendum propositivi e abrogativi sulle leggi riguardanti la forma di governo previste dall'art. 47 dello Statuto di autonomia e per una nuova composizione della Commissione per i procedimenti referendari.“</p>
<p>BürgerInnen gestalten ihre Demokratie selbst – explizite Zulässigkeit von gesetzeseinführenden und abschaffenden Volksabstimmungen zu Fragen betreffend die Regierungsform gemäß Art. 47 Autonomiestatut und Neubesetzung der Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen.</p>	<p>Le cittadine e i cittadini determinano la loro democrazia – ammissibilità esplicita di votazioni referendarie propositivi e abrogativi su questioni riguardanti la forma di governo secondo l'art. 47 dello Statuto di autonomia e nuova composizione della Commissione per i procedimenti referendari.</p>
<p>Im Oktober 2020 sind in Südtirol zum zweiten Mal zwei Anträge auf Einleitung von Volksabstimmungen über Gegenstände abgelehnt worden, von denen einer im engeren und einer im weiteren Sinn die Regierungsform betrifft. Deren Regelung ist mit der Reform des Autonomiestatutes von 2001 an das Land Südtirol übergegangen. 2006 und 2007 waren hingegen zwei Anträge, die dieselbe Materie betreffen haben, von der zuständigen Kommission für zulässig erklärt worden. Ebenso hat eine Kommission für die Referendumsverfahren 2006 in der Region Val D'Aosta die Zulässigkeit einer Volksabstimmung betreffend das Wahlverfahren erklärt - somit ebenso die Regierungsform betreffend - und diese Entscheidung nach einem Rekurs der Landesregierung 2007 bestätigt.</p> <p>Damit ist klar, dass die Frage der Zulässigkeit von Volksabstimmungen, die die Materie betreffen, deren Regelung mit Art. 47 des Autonomiestatutes in die Zuständigkeit des Landes übergegangen ist (so wie für alle anderen Regionen mit Sonderstatut auch), eine letztlich ungeklärte Frage ist und von Mal zu Mal zu Kommissionen, die über die Zulässigkeit von Anträgen auf Volksabstimmung zu dieser Materie zu entscheiden haben, unterschiedlich beantwortet wird.</p> <p>Die geäußerten Vorbehalte der Kommission gegen die Zulässigkeit von Volksabstimmungen zu dieser Materie beruhen nicht auf einer rechtlichen Grundlage, mit der diese Materien explizit der Volksabstimmung entzogen wären, sondern sie sind das Ergebnis einer Auslegung von Art. 47 des Autonomiestatutes. Dieser Artikel kann aber, wie die Zulässigkeitsklärungen von vier verschiedenen Kommissio-</p>	<p>Nell'ottobre 2020, per la seconda volta, sono state respinte due richieste di referendum in Alto Adige, una riguardante la forma di governo in senso stretto e una riguardante la forma di governo in senso più ampio. La loro regolamentazione è passata alla provincia di Bolzano con la riforma dello statuto di autonomia nel 2001. Nel 2006 e nel 2007, invece, due richieste riguardanti la stessa materia sono state dichiarate ammissibili dalla commissione competente. Ugualmente, nel 2006, una commissione per le procedure referendarie della regione Val D'Aosta ha dichiarato l'ammissibilità di un referendum sulla legge elettorale - quindi riguardante anche la forma di governo - e ha confermato questa decisione dopo un ricorso del governo regionale nel 2007.</p> <p>È quindi chiaro che la questione dell'ammissibilità dei referendum, riguardanti la materia la cui regolamentazione è stata trasferita alla competenza della provincia di Bolzano dall'art. 47 dello Statuto di Autonomia (così come avvenuto per tutte le altre regioni a statuto speciale), è in definitiva una questione irrisolta e trova di volta in volta risposte diverse da parte delle commissioni che devono decidere sull'ammissibilità delle richieste di referendum su questa materia.</p> <p>Le riserve espresse dalla Commissione contro l'ammissibilità dei referendum su questa materia non hanno una base giuridica che escluda esplicitamente queste materie dai referendum, ma sono il risultato di un'interpretazione dell'articolo 47 dello Statuto di autonomia. Tuttavia, come dimostrano le dichiarazioni di ammissi-</p>

nen in zwei italienischen Regionen/Provinzen belegen, mit aller Berechtigung auch so ausgelegt werden, dass daraus kein Ausschluss dieser Materien folgt.

Mit Art. 47, mit dem die landesgesetzliche Regelung der in ihm genannten Materien festgelegt ist und der vorsieht, dass diese Gesetze mit der absoluten Mehrheit des Landtages und mit der Möglichkeit ein bestätigendes Referendum darüber zu veranlassen, verabschiedet werden müssen, ist zuerst einmal nur die notwendige Bedingung dafür, dass diese neuen Zuständigkeiten des Landes überhaupt anwendbar werden. Denn die Instrumente der Direkten Demokratie können nur dann angewandt werden, wenn die Verfahrensregeln für deren Anwendung festgelegt sind. Diesen notwendigen Schritt kann nur der Landtag tun. Das beinhaltet aber nicht zwingend, dass diese Materien grundsätzlich der Volksabstimmung entzogen sind, sondern er ist die notwendige Bedingung dafür, dass dieses politische Recht überhaupt wahrgenommen werden kann.

Diese Festlegung der Verfahrensregeln ist ein erstes Mal mit dem LG 11/2005 und erneut mit dem LG 22/2018 erfolgt. Wenn der Gesetzgeber die Materien gemäß Art. 47 dem Landtag vorbehalten hätte wollen, dann hätte er diese in den Ausschlusskatalog der Materien aufgenommen, die der Volksabstimmung entzogen sind. Ein solcher Ausschluss wurde hingegen effektiv im Landesgesetzentwurf 107/11, Art. 13, 9 b) vorgesehen, Ausschluss, der u.a. Grund war für die mit klarer Mehrheit erfolgte Ablehnung des Gesetzes mit dem bestätigenden Referendum am 9.2.2014.

Das Landesgesetz 22/2018 regelt die Materie so detailliert, dass die Nennung des Ausschlusses dieser Materie auf der Hand gelegen hätte, wenn dies die Absicht des Gesetzgebers gewesen wäre.

Der nationale Gesetzgeber hat mit den in Art. 47 festgelegten Bedingungen bestimmt, wie diese Regierungsformgesetze zustande kommen müssen, wenn sie auf parlamentarischem Weg erstmals beschlossen werden. Weder der lokale noch der nationale Gesetzgeber haben damit festgelegt, dass diese Materien dem Landtag vorbehalten bleiben müssen. In einer authentischen Interpretation hat der nationale Gesetzgeber, in der Person von ex Senator Marco Boato, als Ersteinbringer des Verfassungsgesetzentwurfes betreffend die Änderung der Autonomiestatute der fünf Regionen mit Sonderstatut und insbesondere der statutarischen Bestimmungen betreffend die autonomen Provinzen Trento und Bozen, endgültig beschlossen und in Kraft getreten als Verfassungsgesetz Nr. 2 von 2001, im Gegenteil explizit bestätigt, dass damit nicht die Möglichkeit ausgeschlossen werden sollte, diese auch per Volksabstimmung zu regeln. Ob Gesetze, die von Art. 47 AS vorgesehen sind, und auf welche Weise sie gegebenenfalls per Volksabstimmung zustande kommen können, bleibt dem lokalen Gesetzgeber überlassen. Dieser hat im geltenden Gesetz weder diesen Weg der Gesetzgebung ausgeschlossen, noch ein Sonderverfahren dafür vorgesehen.

Entscheidend kann auch festgestellt werden, dass es in der italienischen Verfassung keinerlei Vorbehalt gibt gegen Volksabstimmungen, die die Regierungsform betreffen. So hat sich zum Beispiel die Wählerschaft über abrogative Referenden zur „einzigen Vorzugsstimme“ am 9. Juni 1991 und zu den Wahlgesetzen am 18. April 1993 ausgesprochen. Somit sind maßgebliche, vom Verfassungsgericht für zulässig erklärte Reformen des Wahlrechts von der Wählerschaft ausgegangen.

Es ist weiters ein Prinzip der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs, dass die Grenzen der politischen Rechte nur explizite, d.h. ausdrückliche und in aller Deutlichkeit formulierte Grenzen sein können. Im gegebenen Fall liegen keine ausdrücklich formulierten, eindeutigen Beschränkungen vor.

Auf der Grundlage vorstehender Hinweise soll mit der vorgeschlagenen Gesetzespräzisierung in Zukunft ausgeschlossen sein, dass zufällig zusammengesetzte Kommissionen interpretatorisch darüber entscheiden, ob eine Volksabstimmung, die den Gegenstandsbereich von Art. 47 des Autonomiestatutes betrifft, zulässig ist oder nicht.

Es gibt keinen vernünftigen Grund, diese Materie von den gesetz-

lichkeit di quattro diverse commissioni in due regioni/province italiane, questo articolo può anche essere interpretato con tutte le ragioni in modo che ne derivi nessuna esclusione di queste materie.

Con l'art. 47, che stabilisce la determinazione delle materie in esso menzionate con la legge provinciale e che prevede che queste leggi debbano essere approvate con la maggioranza assoluta del Consiglio provinciale e con la possibilità di avviare un referendum confermativo su di esse, si determina per primo solo la condizione necessaria perché queste nuove competenze della provincia diventino di per sé applicabili. Questo perché gli strumenti di democrazia diretta possono essere utilizzati solo quando sono state stabilite le regole procedurali per la loro attuazione. È solo il Consiglio provinciale che può fare questo passo necessario. Questo tuttavia non significa che queste questioni siano di per sé escluse dal referendum, ma è semplicemente la condizione necessaria perché questo diritto politico possa essere esercitato.

Questa determinazione delle regole procedurali è avvenuta una prima volta con la LP 11/2005 e di nuovo con la LP 22/2018. Se il legislatore avesse voluto riservare le materie dell'articolo 47 al Consiglio provinciale, le avrebbe riprese nel catalogo delle materie escluse dal referendum. Tale esclusione, d'altra parte, era stata effettivamente prevista nel disegno di legge 107/11, art. 13, 9 b), esclusione che è stata, tra l'altro, la ragione della bocciatura del progetto di legge a netta maggioranza con il referendum confermativo del 9/2/2014.

La legge 22/2018 peraltro regola la materia in modo così dettagliato che indicare l'esclusione di questa materia sarebbe stata ovvia se questa fosse stata l'intenzione del legislatore.

Con le condizioni stabilite nell'art. 47, il legislatore nazionale ha determinato il modo in cui queste leggi sulla forma di governo devono essere deliberate dal Consiglio provinciale. Né il legislatore locale né quello nazionale con questo hanno voluto stabilire che queste materie debbano essere riservate al Consiglio provinciale. Al contrario, in sede di interpretazione autentica, il legislatore nazionale, nella persona dell'ex senatore Marco Boato, quale primo proponente del disegno di legge costituzionale concernente la modifica degli statuti di autonomia delle cinque regioni a statuto speciale e, in particolare, delle disposizioni statutarie relative alle province autonome di Trento e Bolzano, infine adottate ed entrate in vigore come legge costituzionale n. 2 del 2001, ha esplicitamente confermato che con ciò non si intendeva escludere la possibilità di disciplinarle anche mediante referendum. È lasciato al legislatore locale decidere se le leggi previste dall'art. 47 dello Statuto di autonomia possono essere deliberate tramite referendum e, se sì, come questo debba avvenire. Nella legge attuale, quest'ultimo né ha escluso questa via di formazione delle leggi, né ha previsto una procedura speciale per questo.

Va affermato a riguardo che non esiste alcuna riserva nella Costituzione italiana contro i referendum sulla forma di governo. Per esempio, l'elettorato ha votato i referendum abrogativi sul "voto unico preferenziale" il 9 giugno 1991 e sulle leggi elettorali il 18 aprile 1993. Così, riforme decisive della legge elettorale, che sono state dichiarate ammissibili dalla Corte costituzionale, sono venute da parte dell'elettorato.

È inoltre un principio della giurisprudenza della Corte costituzionale che i limiti dei diritti politici possono essere solo espliciti, cioè devono essere formulati in modo esplicito e in tutta chiarezza. Nel caso in questione, non sussistono limiti formulati in modo esplicito.

Sulla base delle indicazioni di cui sopra, le precisazioni di legge qui proposte hanno lo scopo di escludere in futuro che commissioni composte a caso decidano interpretativamente se un referendum riguardante l'oggetto dell'art. 47 dello Statuto di autonomia sia ammissibile o meno.

Non esiste un motivo ragionevole per escludere questa materia dai referendum propositivi, e questo tanto meno in quanto alla popola-

einführenden Volksabstimmungen auszunehmen und dies umso weniger, als der abstimmungsberechtigten Bevölkerung das Kontrollrecht mittels Referendum über deren Regelung gegeben ist. Sie soll nicht nur feststellen können, ob sie die Mehrheitsentscheidungen der politischen Vertretung teilen will, sondern sie soll sich, wenn ihr schon das Grundrecht, selbst gesetzgebende Kraft auszuüben, zugesprochen worden ist, auch selbst an der Gestaltung der Regeln der Demokratie beteiligen können.

Zudem erscheint es überaus vernünftig, die Gestaltung der Weise, wie Demokratie ausgeübt werden kann, den BürgerInnen zu überlassen. Die Reformblockaden einer verbesserungsbedürftigen Demokratie und die Versuche einer einseitig geregelten Funktionsweise der Demokratie durch die regierende Mehrheit zu ihren eigenen Gunsten, machen deutlich genug, dass die Demokratie nicht oder zumindest nicht ausschließlich und ohne die obligatorische Kontrolle der BürgerInnen von jenen bestimmt werden sollte, die das größte Eigeninteresse haben, dies im Sinne ihrer Machterhaltung zu tun.

Nichts wie die Festlegung davon, worin Demokratie besteht und wie sie ausgeübt werden kann, entscheidet nachhaltiger über die Ergebnisse ihrer Anwendung und über die Lösung der Fragen, die sich der Gesellschaft stellen. Demokratie beginnt also damit, dass der Souverän in der Demokratie, die Bürgerinnen und Bürger, genau diese Bestimmung der Demokratie vornehmen kann. Das wird mit dem vorliegenden Vorschlag der Gesetzesänderung angestrebt.

Neue Zusammensetzung der Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen

In diesem Zusammenhang scheint es auch notwendig, eine neue Zusammensetzung der Kommission für die Abwicklung der Volksabstimmungen vorzuschlagen. Diese hat sich in ihrer Besetzung mit Richtern der lokalen Gerichte zunehmend als problematisch erwiesen. Dies umso mehr, als deren Mitglieder diese Funktion, obwohl nicht als Richter ausüben, so doch zwangsläufig und konfliktbehaftet wie eine autonome richterliche Instanz handeln.

Die Problematik besteht

1. in einer verfassungsmäßig fragwürdigen Besetzung, wie sie in der Anfechtung der italienischen Regierung vom 29. Jänner 2015 vor dem Verfassungsgericht deutlich geworden ist;
2. in der zwangsläufigen Befangenheit der Gerichte im Falle von Rekursen gegen die Entscheidung der Kommission;
3. in der de facto Schaffung eines unabhängigen Parallelgerichtes der öffentlichen Verwaltung, das sogar über verfassungsrechtliche Fragen entscheidet;
4. in der zusätzlichen Belastung der ohnehin schon überlasteten Gerichte, insbesondere bei einer, wie zu erwarten und zu wünschen, verstärkten Nutzung der direktdemokratischen Instrumente.

Die vorgeschlagene Neubesetzung mit Universitätsprofessoren, Rechtsanwälten und ehemaligen Verfassungsrichtern vermeidet diese problematischen Elemente und beinhaltet diesen gegenüber den entscheidenden Vorteil, dass Fachleute mit der Frage der Zulässigkeit betraut werden, die sich mit der Materie befassen wollen und sich darin eine spezifische Kompetenz erworben haben. Einer parteiischen Auswahl der Mitglieder wird durch die Auslosung vorgebeugt.

zation avente diritto al voto è dato il diritto di controllare la sua regolamentazione con il referendum confermativo. Non solo essa deve poter determinare se vuole condividere le decisioni della maggioranza della rappresentanza politica, ma, se è già stato ad essa concesso il diritto basilare di esercitare il potere legislativo, deve essere anche in grado di partecipare essa stessa alla formazione delle regole della democrazia.

In più sembra oltremodo sensato lasciare ai cittadini la definizione del modo in cui la democrazia può essere esercitata. Il blocco delle riforme di una democrazia bisognosa di miglioramenti e i tentativi di regolare unilateralmente il funzionamento della democrazia da parte della maggioranza al potere secondo i propri interessi rendono sufficientemente chiaro che la democrazia non dovrebbe essere determinata, o almeno non in modo esclusivo e senza il controllo obbligatorio dei cittadini, da coloro che hanno il maggior interesse a farlo con lo scopo di conservare il proprio potere.

Niente come la determinazione della democrazia stessa e di come essa può essere esercitata, determina in modo più effettivo i risultati della sua attuazione e la risoluzione dei problemi della società. La democrazia ha così il suo principio nel fatto che il sovrano nella democrazia, i cittadini, possano esercitare proprio questa determinazione della democrazia. Questo è ciò che la presente proposta di emendamento alla legge vuole realizzare.

Nuova composizione della Commissione per i procedimenti referendari

In questo contesto sembra anche necessario proporre una nuova composizione della Commissione per i procedimenti referendari. Questa si è rivelata sempre più problematica, essendo composta da giudici dei tribunali locali. Tanto più che i suoi membri, pur non esercitando questa funzione come giudici, agiscono inevitabilmente e conflittualmente come un organo giudiziario autonomo.

La problematica consiste

1. in una composizione costituzionalmente discutibile, come è emerso chiaramente nell'impugnazione del governo italiano davanti alla Corte costituzionale il 29 gennaio 2015;
2. nell'inevitabile parzialità dei tribunali nel caso di ricorsi contro la decisione della Commissione;
3. nella creazione de facto di un tribunale parallelo indipendente della pubblica amministrazione, che decide persino su questioni costituzionali;
4. nell'onere aggiuntivo per i tribunali già sovraccarichi, specialmente nel caso di un maggiore uso di strumenti democratici diretti, come è prevedibile e auspicabile.

La sostituzione proposta con professori universitari, avvocati ed ex giudici costituzionali evita questi elementi problematici e ha il vantaggio decisivo che la questione dell'ammissibilità è affidata a esperti che sono interessati della materia e hanno acquisito una competenza specifica in essa. Una selezione parziale dei membri viene evitata dal sorteggio.

<p style="text-align: center;">BERATENDE VOLKSBEFRAGUNG</p> <p style="text-align: center;">betreffend</p> <p style="text-align: center;">DEN GESETZESVORSCHLAG</p> <p>„Änderung des Landesgesetzes vom 3. Dezember 2018, Nr. 22, 'Direkte Demokratie, Partizipation und politische Bildung', die explizit die Zulässigkeit von gesetzeseinführenden und abschaffenden Volksabstimmungen über die Regierungsformgesetze gemäß Art. 47 Autonomiestatut vorsieht und eine neue Zusammensetzung der Kommission für die Abwicklung von Volksabstimmungen.“</p>	<p style="text-align: center;">REFERENDUM CONSULTIVO</p> <p style="text-align: center;">avente come oggetto</p> <p style="text-align: center;">PROPOSTA LEGISLATIVA</p> <p>“Modifica della legge prov. 22 del 3/12/2018 'Democrazia diretta, partecipazione e formazione politica' per l'ammissibilità esplicita di referendum propositivi e abrogativi sulle leggi riguardanti la forma di governo previste dall'art. 47 dello Statuto di autonomia e per una nuova composizione della Commissione per i procedimenti referendari.“</p>
<p style="text-align: center;">Art. 1</p> <p>(1) in Artikel 1 Absatz 1 wird der Satz angefügt: „Volksabstimmungen sind explizit zulässig, wenn sie die Materie gemäß Art. 47, Absatz 2 des Autonomiestatutes betreffen.“</p>	<p style="text-align: center;">Art. 1</p> <p>(1) Nel comma 1 dell'articolo 1 è aggiunta la frase: “I referendum sono esplicitamente ammessi sulle materie secondo l'articolo 47, comma 2 dello Statuto di autonomia.”</p>
<p style="text-align: center;">Art. 2</p> <p>(1) In Artikel 2 Absatz 2 und 3 des Landesgesetzes 22/2018 wird jeweils der folgende Satz angefügt: „Sie ist auch auf die Materie gemäß Art. 47, Absatz 2 des Autonomiestatutes anwendbar.“</p>	<p style="text-align: center;">Art. 2</p> <p>(1) Nel comma 2 e 3 dell'articolo 2 della legge provinciale 22/2018 è aggiunta rispettivamente la seguente frase: “Esso può essere attuato anche sulle materie secondo l'articolo 47, comma 2 dello Statuto di autonomia.”</p>
<p style="text-align: center;">Art. 3</p> <p>(1) Die Absätze 1 und 2 von Artikel 6 sind wie folgt ersetzt: <i>Einrichtung, Zusammensetzung und Aufgaben der Kommission</i></p> <p>1. Der Landtag ernennt innerhalb von drei Monaten nach seiner Einsetzung die Kommission für die Abwicklung der Volksabstimmungen (nachfolgend Kommission genannt) bestehend aus drei effektiven und drei Ersatzmitgliedern, welche über die Zulässigkeit der Anträge auf Volksabstimmungen entscheidet. Die Mitglieder werden vom Generaldirektor des Landtages oder von einem von ihm beauftragten Beamten unter den in einem Register eingetragenen Namen von Fachleuten ausgelost. Die Kommission bleibt für die Dauer einer Legislaturperiode im Amt.</p> <p>2. Das Register wird mit Inkrafttreten dieses Gesetzes beim Landtag eingerichtet. Im Register können sich alle italienischen StaatsbürgerInnen eintragen, die Fachleute des öffentlichen Rechtes sind und ihren Beruf</p> <p>a) als Universitätsprofessoren für Rechtswissenschaften, die seit 10 Jahren eine Planstelle innehaben,</p> <p>b) als Rechtsanwälte ausüben, die im Sonderregister für die gehobene Rechtssprechung wie von Artikel 33 des königlichen Gesetzesdekretes vom 27. November 1933, n. 1578 (Ordnung der Berufe der Anwälte und Staatsanwälte), mit Änderungen umgewandelt vom Gesetz vom 22.1.1934, n.36 eingetragen sind oder</p> <p>c) die ehemalige Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes sind.</p> <p>Die Landtagsverwaltung sorgt für die Bekanntmachung der Möglichkeit der Eintragung in das Register über die entsprechenden gesamtstaatlichen Berufskammern und -organisationen. Im Falle eines Rücktritts oder einer Verhinderung eines oder</p>	<p style="text-align: center;">art. 3</p> <p>(1) I commi 1. e 2. dell'articolo 6 sono così sostituiti: <i>Istituzione, composizione e funzioni della Commissione</i></p> <p>1. Il Consiglio provinciale nomina, entro tre mesi dalla data del suo insediamento, la Commissione per i procedimenti referendari (chiamata qui di seguito Commissione), composta di tre membri effettivi e dei rispettivi supplenti, che decide sull'ammissibilità delle richieste referendarie. I componenti della Commissione vengono estratti a sorte dal/dalla direttore/trice generale del Consiglio provinciale o da un funzionario da esso/essa incaricato/a tra i nomi degli esperti iscritti in un apposito registro. La Commissione rimane in carica per tutta la durata della legislatura.</p> <p>2. Il registro viene istituito con l'entrata in vigore di questa legge. Nel registro possono iscriversi tutti i cittadini italiani che sono esperti in discipline giuridiche pubblicistiche, e che esercitano la loro professione come</p> <p>a) docenti universitari di diritto che hanno ricoperto una posizione di ruolo per 10 anni,</p> <p>b) avvocati iscritti nell'albo speciale per le giurisdizioni superiori di cui all'articolo 33 del regio decreto-legge 27 novembre 1933, n. 1578 (Ordinamento delle professioni di avvocato e procuratore), convertito, con modificazioni, dalla legge 22 gennaio 1934, n. 36 o che sono</p> <p>c) ex componenti della Corte costituzionale.</p> <p>L'amministrazione del Consiglio provinciale provvede che la possibilità di iscrizione nel registro venga pubblicizzata attraverso le camere e le organizzazioni professionali pertinenti a livello statale. In caso di dimissioni o di impedimento, il Consiglio provinciale provvede alla sostituzione dei componenti della Commissione entro trenta giorni dalla data delle dimissioni o dell'impedimento.</p>

mehrerer Mitglieder der Kommission, sorgt der Landtag innerhalb von dreißig Tagen mit einer weiteren Auslosung für eine Ersetzung.
Die Kommission übt ihre Aufgabe bis zur Einsetzung der sie ablösenden aus und urteilt über die Anträge auf Volksabstimmung, die bis zu diesem Zeitpunkt eingereicht wurden.

La Commissione esercita le proprie funzioni sino alla data di insediamento della successiva e si pronuncia sull'ammissibilità delle richieste di referendum depositate entro tale data.

PERSONALIEN UND UNTERSCHRIFT DER
ANTRAGSTELLER/ANTRAGSTELLERINNEN

GENERALITÀ E FIRMA
DEI PROMOTORI/DELLE PROMOTRICI

	ZUNAME UND NAME (für verehelichte Frauen der Zuname als Ledige) COGNOME E NOME (per le donne coniugate, cognome da nubile)	Domizil domicilio	Gemeinde und Nr. der Eintragung in den Wähler- listen für die Wahl des Südtiroler Landtages (¹) Comune e numero di iscrizione nelle liste eletto- rali per l'esercizio del dirit- to al voto per le elezioni del Consiglio provinciale (*)	Feststellung der Identität Modalità di identificazione	Unterschrift firma
1.	_____ (Zuname – cognome) _____ (Name – nome)				
2.	_____ (Zuname – cognome) _____ (Name – nome)				
3.	_____ (Zuname – cognome) _____ (Name – nome)				
4.	_____ (Zuname – cognome) _____ (Name – nome)				
5.	_____ (Zuname – cognome) _____ (Name – nome)				
6.	_____ (Zuname – cognome) _____ (Name – nome)				
7.	_____ (Zuname – cognome) _____ (Name – nome)				
8.	_____ (Zuname – cognome)				

¹ (*) Gemäß Artikel 3 Absatz 2 des Landesgesetzes vom 3. Dezember 2018, Nr. 22, muss der Antrag auf Einleitung einer einführenden Volksabstimmung von wenigstens drei Personen, die in die Wählerlisten einer Gemeinde des Landes eingetragen und für die Wahl des Südtiroler Landtages wahlberechtigt sind, eingebracht werden. Gemäß Artikel 25 Absatz 2 des Autonomiestatutes (D.P.R vom 31.8.1972 Nr. 670) ist für die Ausübung des aktiven Wahlrechtes bei den Landtagswahlen in der Provinz Bozen eine vierjährige ununterbrochene Ansässigkeit im Gebiet der Region Trentino-Südtirol Voraussetzung. (*) Ai sensi dell'articolo 3, comma 2, della legge provinciale 3 dicembre 2018, n. 22, la richiesta di referendum propositivo è proposta da almeno 3 promotori/promotrici iscritti/iscritte nelle liste elettorali di un comune della Provincia, che hanno diritto al voto per le elezioni del Consiglio provinciale. Ai sensi dell'articolo 25, comma 2, dello statuto di autonomia (D.P.R. 31.8.1972, n. 670) in provincia di Bolzano per l'esercizio del diritto elettorale attivo per il Consiglio provinciale è richiesto il requisito della residenza nel territorio della Regione Trentino-AltoAdige per un periodo ininterrotto di quattro anni.

	ZUNAME UND NAME (für verheiratete Frauen der Zuname als Ledige) COGNOME E NOME (per le donne coniugate, cognome da nubile)	Domizil domicilio	Gemeinde und Nr. der Eintragung in den Wähler- listen für die Wahl des Südtiroler Landtages () Comune e numero di iscrizione nelle liste eletto- rali per l'esercizio del dirit- to al voto per le elezioni del Consiglio provinciale (*)	Feststellung der Identität Modalità di identificazione	Unterschrift firma
	_____ (Name – nome)				
9.	_____ (Zuname – cognome) _____ (Name – nome)				
10.	_____ (Zuname – cognome) _____ (Name – nome)				

**BEGLAUBIGUNG
DER UNTERSCHRIFTEN**

der unterfertigte Dr. _____ bestätigt, dass die oben angeführten **XX** Unterschriften der Antragsteller/Antragstellerinnen der einführenden Volksabstimmung, deren Identität – wie neben jeder Unterschrift angegeben – mittels Ausweis oder persönliche Kenntnis festgestellt wurde, in meiner Anwesenheit angebracht worden sind.

**AUTENTICAZIONE
DELLE FIRME**

io sottoscritto dott. _____ attesto che le n. **XX** firme dei promotori/delle promotrici del referendum propositivo; come sopra indicati; identificati attraverso i documenti di identificazione o per conoscenza personale; secondo quanto a fianco di ciascuno riportato, sono state apposte in mia presenza.

DER BEVOLLMÄCHTIGTE BEAMTE - IL FUNZIONARIO INCARICATO

- Dr. -

Bozen,
(Ort und Datum)

Bolzano,
(luogo e data)

.....
(Unterschrift und Stempel)

.....
(firma e timbro)

**DATENSCHUTZERKLÄRUNG
GEMÄSS ART. 13 DER DSGVO EU 2016/679
UND GELTENDER BESTIMMUNGEN**

Verantwortlicher der Datenverarbeitung und Rechte der betroffenen Person. Der Verantwortliche für die Datenverarbeitung ist der Südtiroler Landtag, mit Sitz in Silvius-Magnago-Platz Nr.6 - 39100 Bozen (BZ). Sie können sich für jegliche Informationen sowie für die Ausübung Ihrer Rechte, wie von den Rechtsvorschriften vorgesehen, (Zugang zu Ihren Daten, Löschung, Richtigstellung oder Einschränkung der Datenverarbeitung) an den Verantwortlichen unter der E-Mail-Adresse privacy@landtag-bz.org wenden. Zu diesem Zweck hat die verantwortliche Verwaltung einen Datenschutzbeauftragten, Dr. Andrea Avanzo, den Sie unter der E-Mail-Adresse a.avanzo@inquiria.it kontaktieren können, ernannt. Sie können sich auch an die Aufsichtsbehörde wenden, wenn Sie der Ansicht sind, dass Ihre Daten unrechtmäßig oder unangemessen behandelt wurden.

Zwecke der Verarbeitung. Die Bereitstellung der Daten der Antragsteller/Antragstellerinnen der einführenden Volksabstimmung (Vorname, Nachname, Kopie eines Ausweises, Domizil, Faxnummer, Telefonnummern und E-Mail-Adressen) ist für die Vorlage der einführenden Volksabstimmung gemäß Landesgesetz vom 3. Dezember 2018, Nr. 22 verpflichtend. Die von den Antragstellern/Antragstellerinnen bereitgestellten Daten werden ausschließlich zum Zwecke der einführenden Volksabstimmung (Landesgesetz vom 3. Dezember 2018, Nr. 22 „Direkte Demokratie, Partizipation und politische Bildung“) sowie zwecks Überprüfung der erfolgten Eintragung in den Wählerlisten verwendet.

Verfahren der Datenverarbeitung. Die gesammelten Daten werden in Papier- und elektronischer Form verarbeitet und sind so gestaltet, dass ein angemessenes Maß an Datensicherheit gewährleistet ist.

Datenaufbewahrung. Die Daten werden für den Zeitraum aufbewahrt, welcher für die Ausführung der Leistung oder des Auftrages und jedenfalls unter Beachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Aufbewahrungspflicht, notwendig ist.

Mitteilung und Datenempfänger. Die Mitteilung und Weitergabe an andere Subjekte ist nur zulässig, sofern von Gesetzesbestimmungen oder Verordnungen vorgesehen.

Datenübertragung. Die gesammelten Daten werden in keiner Weise an Drittländer außerhalb der Europäischen Union mitgeteilt oder übermittelt.

Automatisierte Entscheidungsprozesse. Schließlich teilen wir Ihnen mit, dass Ihre Daten keinen automatisierten Entscheidungsprozessen unterworfen sind.

**INFORMATIVA
AI SENSI DELL'ART. 13 DEL
GDPR 2016/679 E NORMATIVA VIGENTE**

Titolare del trattamento e diritti dell'interessato. Titolare del trattamento è il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano con sede in Piazza Silvius Magnago n. 6, al quale potrà rivolgersi per ogni informazione nonché per l'esercizio dei Suoi diritti previsti dalla normativa (accesso ai dati, cancellazione, rettificazione o limitazione del trattamento) all'indirizzo e-mail privacy@consiglio-bz.org. Per tali finalità la struttura ha inoltre individuato un Responsabile per la protezione dei dati, Dott. Avanzo Andrea, al quale potrà rivolgersi al seguente recapito e-mail: a.avanzo@inquiria.it. È inoltre Sua facoltà rivolgersi all'autorità di controllo laddove ritenga che i Suoi dati siano stati trattati in modo illegittimo o non conforme.

Finalità del trattamento. Il conferimento dei dati dei promotori/delle promotrici (nome, cognome, copia del documento d'identificazione, domicilio, fax, recapiti telefonici e indirizzi di posta elettronica) del referendum propositivo è obbligatorio per la presentazione del referendum propositivo ai sensi della legge provinciale 3 dicembre 2018, n. 22. I dati conferiti dai promotori/dalle promotrici sono trattati esclusivamente per le finalità proprie del referendum propositivo (legge provinciale 3 dicembre 2018, n. 22, "Democrazia diretta, partecipazione e formazione politica") e ai fini della verifica dell'iscrizione alle liste elettorali.

Modalità di trattamento. I dati raccolti verranno trattati con modalità cartacee e con strumenti elettronici, configurati per garantire un adeguato livello di sicurezza dei dati stessi.

Conservazione dei dati. I dati saranno conservati per il periodo necessario all'esecuzione della prestazione o dell'incarico conferito nonché rispetto ad ogni altro obbligo di conservazione previsto dalla legge.

Comunicazione dei dati a terzi. La comunicazione e la diffusione ad altri soggetti saranno ammesse se previste da norme di legge o di regolamento.

Trasferimento dei dati. I dati raccolti non saranno in alcun modo trasferiti o comunicati verso Paesi terzi al di fuori dell'Unione Europea.

Processi decisionali automatizzati. Le comunichiamo infine che i Suoi dati non sono inseriti in processi decisionali automatizzati.

